



Offener Brief an Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat zum Corona-Konjunkturpaket vom 28.06.20

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung, des Bundestags und des Bundesrats,

in diesen Tagen stimmen Bundestag und Bundesrat über die Maßnahmen des von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Corona-Konjunkturpakets ab.

Wir alle erleben die Coronapandemie als einen Einschnitt. Sie hat Schwächen, aber auch Stärken unserer Gesellschaft sichtbar gemacht. Viele sehen die Gesundheit, den sozialen Zusammenhalt, Solidarität und eine intakte Natur als wesentliche Faktoren ihrer Lebensqualität. Vielen ist auch klargeworden, dass ein „Weiter so“ mit ungehemmtem Konsum, in der Arbeitswelt und bei sozialer Ungleichheit keine Option sein kann.

Die Politik hat sich im Kampf gegen Corona von dem Ziel leiten lassen, das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen zu schützen. Doch ungeachtet der Coronapandemie schreiten die Klimakrise und der drohende Kollaps der Ökosysteme voran, die uns ungleich stärker und tiefgreifender bedrohen. Wir erleben ständig Temperaturrekorde, Dürresommer, verheerende Waldbrände, Überschwemmungen, Berichte über millionenfaches Leid von Menschen und Artenverluste. Aktuell zeigen die Rekordtemperaturen in der Arktis und das Auftauen des Permafrosts in Sibirien, dass die Dynamik der Erderhitzung stärker und unkontrollierbarer ist als vorhergesagt. Die Tatsache, dass es im Zuge der Coronapandemie trotz gewaltiger Einschnitte im Wirtschaftsleben keinen drastischen Rückgang der CO₂-Emissionen gibt, zeigt, dass tiefgreifende Maßnahmen notwendig sind, um die Klimakrise einzudämmen.

Bei einem Blick auf das von der Bundesregierung entworfene Konjunkturpaket¹ stellen sich diese Fragen:

- Warum ergreift die Bundesregierung in dieser einmaligen Situation nicht die Chance, den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben, der notwendig ist, um die Vereinbarungen des Pariser Abkommens umzusetzen?
- Warum stellt die Bundesregierung nicht die Weichen für eine ökologisch nachhaltige Zukunft, indem sie effektiven Klimaschutz zur Grundlage all ihrer Maßnahmen macht?
- Wieso sollen vielmehr Wirtschaftswachstum und Hyperkonsum weiterhin die Grundlagen unseres Wirtschaftens und unserer Gesellschaft sein, wie an den einzelnen Maßnahmen des Konjunkturpakets deutlich wird?

Als Beispiele mögen hier die Absenkung der Mehrwertsteuer, der Bonus für Kinder und die Investition in Wasserstofftechnologie dienen: Die Absenkung der Mehrwertsteuer dient dem Ankurbeln des Konsums und orientiert sich nicht an einer Nachhaltigkeit der Produkte; ebenso stellt der Kinderbonus keine wirkliche Investition in Zukunft und Bildung dar. Die Förderung der Wasserstofftechnologie ist nicht gekoppelt an nachhaltiges Wirtschaften. Dass Pläne wie eine Kaufprämie für den Kauf von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor überhaupt ernsthaft in Erwägung gezogen wurden, und erst nach Druck aus der Zivilgesellschaft fallen gelassen wurden, scheint

symptomatisch für die Schwächen des Konjunkturpakets zu sein. Es ist nicht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung entworfen. Alles ist ausgerichtet auf weiteres Wachstum, ohne planetare Grenzen zu beachten.

Die Bundesregierung KENNT die wissenschaftlichen Fakten zu den Auswirkungen der voranschreitenden Klimakrise. Sie wird von Expert*innen beraten und weiß, welche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden müssten, um die Lebensgrundlagen zu erhalten und die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise abzuwenden. Offenbar aber fehlen ihr Mut und Vision, um die Coronakrise für eine Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen.

Wir verlangen von der Bundesregierung und den Abgeordneten des Bundestages, dass sie sich bei allen Entscheidungen an den Vereinbarungen des Pariser Abkommens orientieren. Die Erderwärmung muss auf maximal 1,5 Grad begrenzt werden. Das Konjunkturpaket muss sich an der Empfehlung „Klimaziele und Maßnahmen an einem Paris-kompatiblen CO₂-Budget ausrichten“ im Kapitel „Pariser Klimaziele erreichen mit dem CO₂-Budget“ des Umweltgutachtens 2020 des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) orientieren.² Nach Berechnung des SRU beträgt das verbleibende CO₂-Budget für 1,5°C 4,2 Gt CO₂ ab dem 1. Januar 2020.

In diesem Rahmen muss unser Wirtschaftsmodell angepasst werden, denn es basiert auf Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, fördert Überkonsum einer reichen Minderheit und eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sowie Treibhausgasemissionen findet im bestehenden Wirtschaftsmodell nicht statt.³ Dabei ist die Verringerung von Ressourcen- und Energieverbrauch langfristig die einzige Möglichkeit, auf einem endlichen Planeten das Überleben der Menschheit zu sichern.⁴

Die Coronapandemie zeigt, dass der Staat in der Krise handlungsfähig ist und eben ein starker Staat nötig ist, weil der wachstumsbasierte Markt versagt. Wir erwarten von der Politik, dass der Staat den nötigen Wandel unseres gesellschaftlichen Systems einleitet, um der Klima- und ökologischen Krise zu begegnen. Der Staat ist dazu in der Pflicht, weil das Grundgesetz das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie als Staatsziel die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen festschreibt, die durch Nichthandeln verletzt werden (GG Art. 2 und 20a).

Dabei muss die Politik sich von den Anforderungen der Generationengerechtigkeit leiten lassen. Es darf keine Investitionen in Bereiche und Maßnahmen geben, die nicht zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels beitragen, da solche die Klimakrise verschärfen und damit Kosten verursachen, die folgende Generationen tragen müssten. Genauso muss die Politik sich an der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit orientieren. Die Coronapandemie hat hier in verschärfter Form die Ungleichheit in unserer Gesellschaft offengelegt. Die Forderungen von Wissenschaftler*innen und der sozial-ökologischen Bewegung, inklusive Fridays For Future, müssen endlich ernst genommen werden, wissenschaftliche Fakten dürfen nicht länger ignoriert werden, die Interessen künftiger Generationen dürfen nicht länger missachtet werden.⁵

Wir sind in großer Sorge, dass die Politik jetzt in eine nicht-nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft investiert und uns so langfristig verschuldet, anstatt in eine lebenswerte Zukunft jetziger und zukünftiger Generationen. Wir fordern Politiker*innen auf, nicht länger auf kurzfristige

wirtschaftliche und politische Sachzwänge zu verweisen, sondern stattdessen weit über das Jahr 2020 hinauszudenken und jetzt den Wandel zur nachhaltigen Gesellschaft einzuleiten.

Berlin, 28.06.20 Initiative Pädagogen For Future

Quellen:

¹<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-konjunkturpaket-beschlossen.html>

² Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 2020.

https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Entschlossene_Umweltpolitik.html

³ <https://medium.com/insurge-intelligence/capitalism-is-eroding-safe-operating-space-for-humanity-warn-scientists-6e469132dbba> European Environmental Bureau (2019): Decoupling Debunked. <https://eeb.org/library/decoupling-debunked/>

⁴ Christiana Figueres, Tom Rivett-Carnac (2020): The Future We Choose: Surviving the Climate Crisis, London: Manilla Press.

⁵ Jugendrat der Generationen Stiftung (2019): Ihr habt keinen Plan Darum machen wir einen. Blessing. München.

Jason Hickel (2018): Why Growth cant be green

<https://www.jasonhickel.org/blog/2018/9/14/why-growth-cant-be-green>

Maja Göpel (2020): Unsere Welt neu denken. Ullstein, Berlin.